

DEUTSCH TSSCHECHISCHE NACHRICHTEN

Nr. 59

3. Juni 2004

1.50 Euro

In dieser Ausgabe:

Sudetendeutscher Tag 2004 ..	1 – 3
Petr Pithart weist Orden ab	4
SL-Büro intrigiert in Prag	5
Sprachverwirrung um „Europa“ .	6
BRD Sicherheitsratsmitglied ? ..	7
EU-Erweiterung und deutsche Geschichtspolitik – Berichte von der Tagung in München ...	9 – 12
Regensburger in Holýšov	13
Würdige Ehrung der 17 Opfer in Česká Lipa	14
Jan und Pablo Neruda	16

UMSIEDLUNG WAR FOLGE DER NS-VERBRECHEN

Sudetendeutscher Tag leugnet Kausalzusammenhang

In Nürnberg fand zu Pfingsten der 55. Sudetendeutsche Tag statt. Er gestaltete sich in starkem Maße zu einer Wahlkundgebung der CSU. Die Tagungsregie hatte die Aufgabe, in einer Situation der Niederlage – die CSU ist bekanntlich mit ihrer Forderung gescheitert, die Tschechische Republik dürfe nur in die EU aufgenommen werden, wenn sie vorher die sog. Beneš-Dekrete aufhebt – eine neue Aufbruchstimmung zu erzeugen. Die Reden des SL-Vorsitzenden Posselt, des SL-Sprechers Johann Böhm und des „Schirmherrn“ Stoiber (alle CSU) waren daher geprägt von dem Bemühen, resignative Tendenzen im Keim zu ersticken und ihre Partei trotz allem als großartige Vertreterin sudetendeutscher Interessen (und die Bundesregierung als Verräterin an denselben) darzustellen. Dem diente die Beweihräucherung der „konsequenten Haltung“ in der Frage der Beneš-Dekrete – die CSU-Abgeordneten im EU-Parlament stimmten im April 2003 geschlossen gegen die Aufnahme Tschechiens – und die aggressive Ankündigung, das Thema als „europäisches Problem“ weiterhin hochkochen zu wollen. Dem diente vor allem auch die mit reichlich emotionalem Pathos vollzogene Erneuerung der vor 50 Jahren übernommenen Schirmherrschaft über „Bayerns 4. Stamm“ (neben Altbayern, Franken und Schwaben) durch Stoiber. Dies und der größte Teil der übrigen Inhalte der Reden bei der Hauptkundgebung am Pfingstsonntag in der dieses Mal nur locker gefüllten Frankenhalle des Nürnberger Messezentrums war allerdings nicht überraschend.

Aufmerken ließ dagegen der Nachdruck, mit dem heuer der Kausalzusammenhang zwischen NS-Verbrechen und Umsiedlung geleugnet wurde. Johann Böhm wandte sich ausdrücklich gegen die Auffassung, der „Krieg sei der eigentliche Auslöser der Vertreibung“ gewesen, und

erklärte, die ersten tschechischen Vertreibungspläne gingen bereits auf das 19. Jahrhundert zurück. Auch bei der Gründung der 1. Tschechoslowakischen Republik 1918/19 seien derartige Pläne von tschechischen Politikern geäußert worden. Böhm wörtlich: „Hitlers brutale Politik hat also nicht die Vertreibungspläne entstehen lassen, sie hat sie realisierbar gemacht.“ Die Sudetendeutschen trafe an all dem keine Schuld, noch 1935 (dem Jahr, als die Sudetendeutsche Partei Konrad Henleins bei den Parlamentswahlen zwei Drittel der sudetendeutschen Stimmen auf sich vereinigte) hätten die Parteien des demokratischen Spektrums bei weitem die Mehrheit gehabt und im übrigen sei der Anteil der Nazi-Gegner unter den Sudetendeutschen besonders hoch gewesen. Die Begeisterung der überwältigenden Mehrheit der Sudetendeutschen für den Anschluss an das faschistische Deutschland fand Böhm „verständlich“: „Sie wollten nicht ‚Nazis‘, sie wollten Deutsche sein.“

„Völkermord“ soll „nachgewiesen“ werden

Böhms Rede wurde von Stoiber gepriesen als „sehr mutige Worte, die vielleicht nicht jedem gefallen haben. Was Hans Böhm hier sehr präzise schildert hat, das ist die Wahrheit ...“ Der Hintergrund dieser bislang höchstens implizit von der offiziellen SL-Spitze artikulierten Argumentation war leicht verständlich, wenn man am Vortage die Ausführungen zum Thema „Jetzt: Individual-Beschwerden Sudetendeutscher beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte“ vom Witikobund gehört hatte. Nach einer verkürzten Version der Brechreiz erregenden Standardrede des Vorsitzenden dieser „nationalen Gesinnungsgemeinschaft“ in der SL, Horst-Rudolf Übelacker, sprach der Jurist Thomas Gertner. Er ist der Anwalt

der 79 Personen, die Ende April Beschwerde beim EGMR eingereicht haben, um ihr „Eigentum“ in Tschechien zurück zu erhalten. Gertner erläuterte die Erfolgsaussichten derartiger Beschwerden. Es seien verschiedene juristische Hürden zu überwinden, vorrangig aber sei es, „die europäischen Richter davon zu überzeugen, dass es ein Völkermord war“. Wenn der „Völkermordcharakter der Vertreibung“ (den nicht einmal der von der bayerischen Staatsregierung mit einem Gutachten zu den Beneš-Dekreten beauftragte Völkerrechtler Prof. Nettessheim erkennen konnte) akzeptiert werde, dann sei „mit Sicherheit davon auszugehen, dass wir die Beschwerden gewinnen“. Erforderlich hierfür sei der „lückenlose Nachweis, dass die Elimination der Sudetendeutschen schon ab 1918, spätestens aber ab 1938“ geplant gewesen sei.

SL-Chef Posselt hat in einer der letzten Ausgaben der Sudetendeutschen Zeitung dargelegt, dass individuelle Eigentumsklagen seiner Meinung nach so gut wie keine Aussichten auf Erfolg haben. Johann Böhm und Edmund Stoiber sind vermutlich realistisch genug, um diese Meinung zu teilen. Sie setzen auf politischen Druck, um die tschechische Regierung zur Unterwerfung unter die Forderungen der SL/CSU zu bewegen. Die Verbreitung der Völkermord-These ist trotzdem ganz im Sinne des geschichtsrevisionistischen Kurses, dem auch das Projekt „Zentrum gegen Vertreibungen“ des Bundes der Vertriebenen dient. Stoiber setzte sich in seiner Rede erneut vehement für dieses Projekt ein und kündigte eine neue Initiative dafür bei der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz an. Unterstützung hierfür verspricht er sich von dem neuen Bundespräsidenten – „der ja das Flüchtlings- und Vertriebenen schicksal aus eigener Erfahrung kennt“ und „sich für dieses Zentrum ausgesprochen hat“. *Renate Hennecke*

Schwierigkeiten mit der „Heimat“

Aus der Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft

§ 3 Zweck

(1) Die Sudetendeutsche Landsmannschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 52 Abgabenordnung, die im In- und Ausland zum Tragen kommen.

a) die über drei Millionen Sudetendeutschen, welche nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer Heimat, in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien vertrieben und über die ganze Welt verstreut wurden, und ihre Nachkommen als politische, kulturelle und soziale Gemeinschaft zu erhalten und ihre Belange in der Heimat sowie in den Aufnahmegebieten zu wahren;

b) an einer gerechten Völker- und Staatenordnung mitzuwirken, in der Vertreibungen, Völkermord oder „ethnische Säuberungen“ und Diskriminierungen weltweit gebannt und insbesondere das Recht auf die Heimat, das Volksgruppenrecht und das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker bzw. Volksgruppen garantiert sind;

c) den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen;

d) das Recht auf Rückgabe bzw. gleichwertigen Ersatz oder Entschädigung des konfiszierten Eigentums der Sudetendeutschen zu wahren;

e) die Landsleute wirtschaftlich und sozial zu betreuen;

f) das kulturelle und wissenschaftliche Erbe der Heimat als Teil der deutschen und europäischen Kultur zu pflegen, zu fördern und weiter zu entwickeln;

g) zur Verständigung der Völker in Europa auf der Basis von Wahrheit und Recht, insbesondere zur Herstellung von partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen, beizutragen.

„Den Rechtsanspruch auf die Heimat ... durchzusetzen“, gehört zu den zentralen Zwecken der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), die in ihrer Satzung festgeschrieben sind. Damit ist es aber nicht so einfach. Einerseits gibt es das Problem, dass das Völkerrecht ein solches Recht nicht kennt. Andererseits ist es auch nicht so einfach, den Nachwuchs für ein solches Recht zu begeistern, da dieser mit dem Begriff „Heimat“ generell wenig anfangen und schon gar nicht einsehen kann, dass seine eigene Heimat im Böhmerwald, im Kuhländchen oder im Riesengebirge liegen soll, wenn man doch im Teutoburger Wald, in München oder im Allgäu aufgewachsen ist.

Diese Schwierigkeiten kamen unübersehbar zum Ausdruck bei der Veranstaltung der Sudetendeutschen Jugend (SdJ) im Rahmen des Sudetendeutschen Tages 2004, der zu Pfingsten in Nürnberg stattfand. Zu der Podiumsdiskussion mit dem Titel „Nie wieder Heimat??? – Der Heimatbegriff im erweiterten Europa“ kamen etwa 150 Zuhörer, die meisten allerdings weit jenseits des 40. Lebensjahres, das als Obergrenze für die Teilnahme an Zeltlagern und anderen Aktivitäten der SdJ genannt wurde.

Auf dem Podium: der SL-Vorsitzende Bernd Posselt, der Geschäftsführer des Adalbert Stifter Vereins Peter Becher, die Vorsitzende der deutsch-tschechischen Parlamentariergruppe Petra Ernstberger (SPD), der ehemalige Vorsitzende des Bayerischen Jugendrings Gerhard Engel und die ehemalige Landesvorsitzende der SdJ Bayern Nicole Sabella. Als Moderator fungierte SdJ-Mitglied Sebastian Roloff.

Individuelle Heimat – kollektives Heimatrecht

Ganz im Sinne der SL-Satzung lautete die erste Frage an Posselt und Ernstberger nicht: „Was ist Heimat?“ sondern: „Was ist Heimatrecht?“ Posselt wie aus der Pistole geschossen: „Das Recht jedes Volkes und jeder Volksgruppe, in der Heimat zu leben, unter Wahrung der eigenen Rechte und der Rechte anderer.“ Ernstberger hatte „dem nichts hinzuzufügen“.

Meilenweit von dem Gedanken an Volk und Volksgruppen entfernt waren die Antworten von Engel und Sabella auf die nun folgende Frage: „Was bedeutet ‚Hei-

mat‘ für junge Menschen?“

Der „Ort, wo die Familie lebt“, „wo man Freunde hat“, „wo man sich wohlfühlt“, „wo man eine Berufs- bzw. Zukunftsperspektive findet“, „wo man wegen der Liebe hinget“ – das waren die Antworten. Das „Sudeteland“ als Heimat der Großeltern spiele für die junge Generation keine große Rolle mehr, so Sabella, sie bringe „höchstens noch Interesse“ dafür auf, aber keine Heimatgefühle.

Posselt hielt dagegen, für ihn sei Heimat auch kein bestimmter Ort, also weder Geburts- noch Wohn- oder Arbeitsort, sondern „bestimmt durch die kulturelle Prägung durch die Familie und die Volksgruppe“. Schließlich habe es bei seiner Mutter in der Küche (die Mutter kam aus der Steiermark, der Vater aus Westböhmen) anders gerochen als in der Küche der Nachbarn. „Wirklich zu Hause“ sei er „in der Gemeinschaft der Familie oder der größeren sudetendeutschen Familie“. Da die Träger der sudetendeutschen Kultur in der Familie langsam ausstürben, lasse sich der „kulturelle Verlust teilweise durch die Arbeit in der Landsmannschaft kompensieren“. Für wieviele der heutigen Jugendlichen, denen Pizza, Gyros und Hamburger mindestens so vertraut sind wie Großmutterts böhmische Knödel und Disco-Besuche mit Freunden aus der eigenen Szene wichtiger als Volkstanzabende mit Leuten aus dem Bekanntenkreis der Eltern und Großeltern, sind wohl solche Vorstellungen attraktiv?

Beigeschmack territorialer Ansprüche

Kritisch äußerte sich Nicole Sabella zu dem „Heimat“-Begriff der SL. Er habe „immer den Beigeschmack territorialer Ansprüche“ und es bestehe „die Gefahr der Ideologisierung des Begriffs“. Wenn Ansprüche erhoben würden, fände sie das aber „sehr problematisch“, denn niemand habe ihr bisher darüber Auskunft geben können, wie sich das konkret gestalten solle.

Posselt darauf energisch, das Recht auf Heimat und Rückkehr sei „kein „Anspruch, sondern elementares Menschenrecht“. Über die konkrete Verwirklichung gebe es unterschiedliche Meinungen. Er selbst halte die Debatte über die Frage „kollektive oder individuelle Rückkehr“

Impressum

DTN (Deutsch-Tschechische Nachrichten)
Postfach 20 10 26, D-80010 München
Schwanthalerstr. 139 Rgb., D-80339 München,
Tel.: 089-507925. E-Mail: Renate.Hennecke@netsurf.de

Herausgegeben von „Setkání – Treffen deutscher und tschechischer Linker“. Gegründet 1998 in Zusammenarbeit mit „Postmark Prague“ (eingestellt 2002).

Redaktion: Martin Fochler, Renate Hennecke, Emil Hruška. Verantwortlich: Renate Hennecke.

Verlag: GNN Verlag Süd GmbH, 70327 Stuttgart, Stubaier Str. 2. Fax: 0049-711-621532

E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bank: Postbank Stuttgart, Kto-Nr.: 24947704

BLZ: 600 100 70

Preis: Handverkauf: 1.50 Euro. Jahresabo: 17.50

Euro. Förderabo: 35 Euro. Probeheft: kostenlos.

Mehrfachbezug: Zusätzlich zum Abopreis 0,70 Euro pro Exemplar.

Bestellungen an den Verlag oder an die Redaktion.

Alle Ausgaben der DTN sind im *.pdf Format

dokumentiert unter:

<http://www.gnn-archiv.staticip.de/archiv/DTN/>

DTN Nr. 60 erscheint am 22.7.2004.

Redaktionsschluss: 18.7.2004.

Tschechische Reaktionen auf den Sudetendeutschen Tag in Nürnberg, Radio Prag, 31.5.2004:

Eigentlich stellt er ja bereits einen Fixpunkt im politischen Kalender und damit auch einen Fixpunkt im Auf und Ab der tschechisch-deutschen Beziehungen dar: der stets zu Pfingsten abgehaltene Sudetendeutsche Tag. ...

Dieses Jahr ist aber doch ein besonderes: Die Tschechische Republik ist nun ebenso wie Deutschland Mitglied der EU, eventuelle bilaterale Konflikte wurden so zu Konflikten innerhalb der Union. Außerdem ist der Europawahlkampf längst angelaufen. Haben in diesem Lichte das Pfingsttreffen der Sudetendeutschen am Sonntag und die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, der einmal mehr die Abschaffung der Beneš-Dekrete forderte, etwas Neues gebracht? Der tschechische Politologe Robert Schuster vom Institut für Internationale Beziehungen erkennt zwei wesentliche Änderungen:

„Erstens hat Stoiber noch nie so offen

erklärt, dass er so lange nicht als offizieller Besucher nach Prag kommen wird, solange die Beneš-Dekrete und alles, was damit zusammenhängt, aufrecht bleiben. Die zweite Neuerung ist etwas, das eher am Rande zu hören war: Und zwar die Initiative von etwa 70 Sudetendeutschen, die gegen die tschechische Regierung klagen wollen, um auf diesem juristischen Weg ihr seinerzeit aberkanntes Recht wieder zurückzubekommen.“

Was eine eventuelle Abschaffung der Beneš-Dekrete betrifft, so ist die Reaktion aus Tschechien diesmal am besten mit den Worten „kein Kommentar“ zu beschreiben. Premierminister Vladimír Špidla sagte in einem Fernsehinterview am Sonntagabend, die EU habe sich mit dem Thema bereits befasst, die Sache sei abgeschlossen, und er werde sich an keiner neuen Debatte über das Thema beteiligen. Präsident Václav Klaus fügte dem lediglich hinzu, die Dekrete seien

unantastbar und Stoibers Äußerungen ein Versuch, die Geschichte umzuschreiben. Und Vít Kolář, Sprecher des tschechischen Außenministeriums, meint:

„Zwischen Tschechien und Deutschland sind auf Regierungsebene alle diese Probleme gelöst. Das bekräftigt auch die Deutsch-tschechische Erklärung aus dem Jahr 1997.“

Was Klagen um die Rückgabe von Eigentum betrifft, so könnten sich eventuell manche von den bisherigen Erfolgen des Adligen František Oldřich Kinský ermutigt fühlen. Dessen Familie war nach dem Krieg auf Grundlage der Beneš-Dekrete enteignet worden, Kinský war in bisher fünf Fällen mit seinen Besitzansprüchen vor tschechischen Gerichten erfolgreich. Jedoch: Sein Anwalt stellt die Dekrete nicht in Frage. Sie seien im Falle Kinskýs nur falsch angewandt worden.

für eine „künstliche Debatte“. Die Volksgruppe sei nun mal kollektiv vertrieben und damit als ungeeignet zum Zusammenleben gebrandmarkt worden und deshalb sei es eine berechtigte Forderung, dass dieser Makel kollektiv von ihr genommen werde. Der konkrete Vorgang der Rückkehr könne dagegen nur individuell sein. Die „Ableitung von Grenzansprüchen oder die Erwartung einer kollektiven Ansiedelung“ seien „Vorstellungen jenseits der Realität“. Dennoch sei das Heimatrecht mehr als das einfache Recht, in der Tschechischen Republik ansässig zu werden. Der wesentliche Unterschied liege darin, dass zurückkehrende Sudetendeutsche ein „Volksgruppenrecht“ erhalten und unter den „Minderheitenschutz“ fallen müssten.

„McDonald-Heimat“

Nach einer längeren Kontroverse über die Beneš-Dekrete und das Vorgehen der SL bzw. CSU in dieser Frage kehrte die De-

batte schließlich zum Heimatbegriff zurück. Nicole Sabella stellte fest, dass dieser eigentlich nicht zu ihrem persönlichen Wortschatz gehöre und sie „eher eine Heimatlose“ sei. Wenn überhaupt, dann würde sie ihre Heimat dort sehen, wo sie sich wohlfühle. Einigen Angehörigen der „Erlebnistgeneration“ erschien das als schändliches Geständnis des Verrats am Heiligsten. Empörte Zwischenrufe klangen auf: „McDonald-Heimat!“

Auch Engel konnte der Volksgruppen-Heimat weiterhin nichts abgewinnen. Heimat sei etwas Emotionales, Individuelles, fand er, und deshalb sei er der Meinung: „Heimatrecht geht nicht – einen solchen Begriff kann man nicht in Rechtsform gießen.“ Er jedenfalls habe wechselnde Heimaten, „wo ich mich wohlfühle, wo es mir gut geht“. Die Empörung über den vaterlandslosen Gesellen schlug erneut hohe Wogen. „Sie wissen ja gar nicht, wo Sie mit Ihrer Entwicklung gelandet sind“, wurde ihm entgegnetrompetet, und es war klar, dass der tiefste moralische Abgrund sich aufgetan hatte. Engel erklärte, eine seiner Heimaten, in denen er sich wohlfühle, sei zum Beispiel die Kirche, außerdem solle man aber seine Entwicklung am besten ihm selbst überlassen.

Petra Ernstberger machte einen missglückten Besänftigungsversuch mit dem Hinweis, jeder Heimatverlust sei schließlich damit verbunden, dass man etwas Neues gewinne: eine neue Lebensperspektive, eine neue „Heimat“.

„Pseudo-Welteinheitskultur“ und bayerisch-habsburgischer Kulturraum

Posselt gab sich väterlich besorgt angesichts des Defizits, das Sabella offenbart hatte. Er müsse sie „in Schutz nehmen“,

sagte er, denn ihre „Heimatlosigkeit“ sei einerseits Ausdruck der „Moderne“, andererseits handle es sich vielleicht um eine Folge des Vertreibungsschicksals ihrer Familie. Sie solle doch mal darüber nachdenken. Dann lenkte er die Diskussion auf das Thema Europa. Die europäische Einigung schütze angesichts der Globalisierung „die Vielfalt der Regionen und Heimaten“ vor einer „Pseudo-Welteinheitskultur“ und sei außerdem mit einer „Relativierung der Grenzen“ verbunden: Wenn er von München nach Bozen fahre, passiere er zwei Grenzen, bleibe aber in demselben Kulturraum (er meinte offenbar den bayerisch-habsburgischen), wenn er dagegen von München nach Hamburg reise, brauche er keine Grenze zu überqueren, komme aber in einem fremden Kulturraum an. Eine aufschlussreiche Darlegung, welcher Tradition sich Posselt verbunden fühlt. Das Publikum verstand und lachte.

Peter Becher beendete die Debatte mit der Feststellung, Heimat sei vor allem auch der „Ort der Gräber“. Wenn die neue Heimat zu dem Ort geworden sei, wo die Lieben begraben liegen, dann habe eine Verlagerung des Schwerpunkts von der „Herkunftsheimat“ zur „Gegenwartsheimat“ stattgefunden.

Die etwa 20 jüngeren Zuhörer, die sich durch das Tragen orangefarbener T-Shirts mit der Internet-Adresse des Sudetendeutschen Jugendverbandes als deren Mitglieder zu erkennen gaben, verfolgten die ganze Debatte schweigend. Bechers Statement hat ihnen den Begriff „Heimat“ vermutlich nicht sehr viel näher gebracht. Aber auch Bernd Posselt mit seiner Volksgruppen-Heimat dürfte über Bechers Schlusswort nicht wirklich glücklich gewesen sein. *Renate Hennecke*

Rad-, Wander-, Familien-, Kultur- und Skilanglauf - Reisen

in die schönsten Landschaften Tschechiens.
Kleingruppen mit engagierter Begleitung.

Die Reisen gewannen die

„Goldene Palme 2001“ von GeoSaison

Infos: Begegnung mit Böhmen,

Dechbettener Str. 47b,

D-93049 Regensburg,

Tel.: 0941-260-80; Fax: -81.

E-Mail: boehmen-reisen@t-online.de

www.boehmen-reisen.de

Senatspräsident weist bayerischen Orden zurück

Petr Pithart ist Präsident des tschechischen Senats. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft zählt ihn zu den Politikern, die ihr gegenüber „keine Berührungspunkte“ haben. Ganz im Gegenteil.

Als jetzt die bayerische Staatsregierung ihn mit der Europa-Medaille des Freistaates belohnen wollte, lehnte Pithart jedoch ab. Sein Büro begründete diesen Schritt mit dem Abstimmungsverhalten der CSU-Abgeordneten im Europaparlament im April 2003: Sie stimmten geschlossen gegen die Aufnahme Tschechiens in die EU – wegen der sog. Beneš-Dekrete. Pithart selbst begründete die Ablehnung ausführlicher in einem Artikel, der am 15. Mai in der Süddeutschen Zeitung, am 20. Mai in der Prager Zeitung und vermutlich noch in weiteren Blättern erschienen ist.

Darin schrieb der tschechische Christdemokrat der SL etliche Dinge ins Stammbuch,

die sie sich nicht hinter den Spiegel stecken wird. So z.B.: „Unannehmbar ist für uns die These, die Tschechoslowakei sei von Beginn an zum Untergang verurteilt und ihre Demontage 1938 also begründet gewesen. Inakzeptabel ist für uns auch die Auffassung, das Potsdamer Abkommen sei für Deutschland nicht bindend, weil es daran nicht beteiligt war.“ Diese Sätze sucht man denn auch in dem Bericht der Sudetendeutschen Zeitung zu diesem Vorgang vergebens. Dieser Bericht (SdZ 21.5.04) beginnt vielmehr mit dem hoffnungsfrohen Satz: „Der tschechische Senatspräsident Petr Pithart hält eine Aufhebung der Beneš-Dekrete für denkbar – ohne allerdings einen Zeitrahmen zu nennen.“

Bei der Veranstaltung des Witikobundes im Rahmen des Sudetendeutschen Tages 2004 beanspruchte der WB-Vorsitzende Übelacker Pitharts Erklärung als einen er-

sten Erfolg der „Sudetendeutschen Initiative“. Diese mit Unterstützung des WB ins Leben gerufene Gruppe hartgesottener Revanchisten rühmt sich, am 28.4. beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte 79 Individualbeschwerden von Leuten eingereicht zu haben, die „ihr Eigentum“ in Tschechien zurück haben wollen. Die Beschwerden seien am 11. Mai registriert worden – und schon sei am 15. Mai Pitharts Aussage da gewesen. Pitharts Ergänzung „Aber wir müssen die Sicherheit haben, dass dies nicht als stille Anerkennung der Ansprüche gegen uns gewertet wird – einschließlich der Ansprüche auf Rückgabe von Eigentum“ tat Übelacker als taktisches Manöver des „klugen Schwejk“ ab.

Wir dokumentieren Pitharts Erklärung, damit sich unsere Leserinnen und Leser ein eigenes Bild machen können.

Deutsche und Tschechen in einem Boot – „Wollen wir nicht gemeinsam untergehen, müssen wir uns jetzt verständigen“, Petr Pithart, SZ 15.5.2004

Der Freistaat hat entschieden, meine langjährigen Bemühungen um gute Beziehungen Tschechiens zu Bayern im vereinten Europa zu würdigen. Das weiß ich zu schätzen, und ich bedauere aufrichtig, dass ich die bayerische Europa-Medaille nicht annehmen konnte. Eine geeignete Gelegenheit wird sich, so hoffe ich, finden. Vorerst aber kann ich nicht ignorieren, dass alle Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die für die in Bayern regierende CSU gewählt wurden, am 9. April 2003 gegen die Aufnahme der Tschechischen Republik in die Europäische Union gestimmt haben. Wenn das ein Signal an die tschechische Politik sein sollte, dass die Wunden, welche die Sudetendeutschen in der Vergangenheit erlitten haben, noch offen sind, so war es ein unglückliches Signal: zum einen das einer nicht verheilten Wunde, zum anderen das einer zugeschlagenen Tür.

Ich war immer dafür, dass wir über unsere Wunden sprechen, dass wir sie verstehen und anerkennen – aber wie soll man durch eine geschlossene Tür miteinander sprechen? Wir Tschechen sollten es sein, die draußen bleiben. Wie absurd: Bayern, nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Seite der Besiegten, befindet sich seit langem in der Union, während jene, die auf der Seite der Sieger waren, hinter dem Eisernen Vorhang standen – als Folge eines Krieges, den sie weder begonnen noch verloren haben.

Ich muss mich daher besorgt fragen: In welches Europa wollte uns die bayerische CSU nicht hineinlassen? In ein postimperiales Europa, das sich zum ersten Mal in seiner Geschichte entschieden hat, Konflikte durch Verhandlungen und schließ-

lich durch demokratische Abstimmungen zu lösen? In ein Europa, das niemanden von vornherein ausschließt? In ein Europa, das sich niemals der Stärke beugt, und sei es auch „nur“ der Stärke von Ultimaten?

Havels Courage

Das Abstimmungsverhalten der CSU zwingt uns, an die Politik aus der Zeit von Franz Josef Strauß zu erinnern, an die ablehnende bayerische Haltung zum Helsinki-Prozess sowie zur Ostpolitik der Bundesrepublik, die im Zeichen der Versöhnung und Freundschaft stand. Es zwingt uns an den guten Willen von Václav Havel zu erinnern, mit den Sudetendeutschen zu einem Ausgleich zu kommen. An seine riskante Erklärung über die Unannehmbarkeit der Kollektivschuld im Dezember 1989, die auf eine unvorbereitete tschechoslowakische Öffentlichkeit traf. Und daran, dass der damalige bayerische Ministerpräsident Max Streibl diese Erklärung brüsk als unzureichend ablehnte. Streibl bagatellierte den Mut Havels, obwohl er doch selbst Vertreter eines Landes war, das sich erst nach Jahrzehnten zur Wahrheit über die Vergangenheit durchgerungen hat. Und schließlich zwingt uns die CSU, an die Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997 zu erinnern. Wie kein anderes Dokument repräsentiert sie den Willen beider Seiten zu historischer Wahrheit. Von Bayern wurde sie, wenn überhaupt, kühl aufgenommen.

Es ist nicht so, dass auf tschechischer Seite nichts zu tun bliebe. Ich bin überzeugt, dass das Prinzip der Kollektivschuld uneingeschränkt abgelehnt werden muss. Daraus folgt, dass wir Tschechen parado-

xerweise jenen am meisten schulden, die Ende der 30-er Jahre an der Seite der demokratischen Tschechoslowakei standen: den deutschen Gegnern des Nazismus, den Sozial- und Christdemokraten, den Kommunisten und den Juden. Sie alle haben nicht für den (mit Hitler verbündeten) Konrad Henlein gestimmt, viele von ihnen verteidigten ihre (tschechoslowakische!) Heimat, und viele von ihnen wurden von Hitler dafür in Konzentrationslager geschickt. Nach dem Krieg haben wir zahlreiche dieser Menschen direkt oder indirekt gezwungen, in die Transportwaggons zu steigen. Wir sind jenen eine Anerkennung schuldig, die als unschuldige tschechische Deutsche durch die Vertreibung am meisten verloren haben.

Zudem haben wir nach 1989 nicht alles in Ordnung gebracht, was mit der deutschen Minderheit zusammenhängt. Das müssen wir ändern. Einige Gesetze und Verfassungsbestimmungen, die ursprünglich aus den Dekreten des Präsidenten Edvard Beneš hervorgingen, haben nicht nur keinen Bestand vor den Normen des Menschenrechts (die damals nicht galten), sondern auch schlichtweg vor der Gerechtigkeit. Weil in unserem Land seit 1992 die Deklaration der Grundrechte und Freiheiten gilt, haben diese Gesetze ihre rechtliche Wirkung verloren. Aus unserer Rechtsordnung werden wir sie einmal völlig beseitigen können. Aber wir müssen die Sicherheit haben, dass dies nicht als stille Anerkennung der Ansprüche gegen uns gewertet wird – einschließlich der Ansprüche auf Rückgabe von Eigentum.

Ich bin überzeugt, dass wir überhaupt am meisten uns selber schulden. Das war und ist das Leitmotiv meiner Bemühun-

gen um eine deutsch-tschechische Verständigung seit meiner Dissidentenzeit. Christoziale wissen gewiss, was Seelenfrieden ist und wie man ihn erreicht: Mit der Gewissenserforschung beginnt jeder bei sich selbst.

Unannehmbar ist für uns die These, die Tschechoslowakei sei von Beginn an zum Untergang verurteilt und ihre Demontage 1938 also begründet gewesen. Inakzeptabel ist für uns auch die Auffassung, das Potsdamer Abkommen sei für Deutschland nicht bindend, weil es daran nicht beteiligt war. Selbstverständlich teile ich aber die Ansicht der Präsidenten Deutschlands und Polens, Johannes Rau und Aleksander Kwasniewski, dass jede Nation das Recht hat, um ihre Opfer zu trauern. Dieses Recht darf aber nicht zu neuen Teilungen führen. Erinnerung und Trauer dürfen nicht missbraucht werden, um Rechnungen für Verbrechen und Verluste auszustellen und Entschädigungsansprüche zu erheben.

Verdorbene Ware

Wir sind nun endgültig in einem Boot gelandet: Wollen wir nicht gemeinsam untergehen, müssen wir uns jetzt verständigen. Wir sollten daher ins vereinte Europa nicht jene Ware einführen, die zum letzten Krieg geführt hat. Dieser Krieg hatte seine Ursachen, seinen Anfang, sein Ende und seine Folgen. Es war nicht umgekehrt. Kürzlich haben wir den 8. Mai, den Jahrestag des Kriegsendes begangen. Ich wünschte, unsere Nachbarn nicht daran erinnern zu müssen, wer diesen Krieg begonnen hat. Aber sie sollten von uns auch nicht verlangen, das tragische Schicksal von drei Millionen tschechischen Deutschen vom Ende her zu erzählen und zu lösen.

Im vereinten Europa liegt uns sehr daran, dass die Länder in seiner Mitte sich ihrer Zusammengehörigkeit gerade deshalb bewusst sind, weil sie eine tragische Vergangenheit durchlebt haben. Seit dem Westfälischen Frieden haben wir in einem Europa des Machtgleichgewichts der Nationalismen sowie der Glaubens- und Ideologiemonopole gelebt. Das lassen wir nun hinter uns. Wir tun das aber nicht, damit sich am Horizont die Umrisse eines Mitteleuropa abzeichnen, das zwar liberal ist, aber unter deutscher Führung steht, wie es zu Beginn des Ersten Weltkrieges Friedrich Naumann konstruiert hat. Mitteleuropa kann im vereinten Europa nur im ursprünglichen Sinne des tschechoslowakischen Staatsgründers Tomáš G. Masaryk demokratisch sein: Niemand darf hier eine Führungsrolle spielen, niemand darf von den Entscheidungen ausgeschlossen werden, niemand darf hinter verschlossenen Türen stehen.

Der Autor ist Präsident des tschechischen Senats. Er war einer der Unterzeichner der Charta 77.

SL-Büro versucht mit Antifaschismus zu intrigieren

Die SL benutzt seit längerem das Gedenken an sudetendeutsche Antifaschisten zur Untermauerung ihrer Ansprüche. In der Hochschule für Publizistik in Prag hielt am 18. Mai der rechte Kirchenhistoriker und SL-Aktivist, Prof. Rudolf Grulich, einen Vortrag über „den Widerstand der Sudetendeutschen“ (SdZ) gegen das NS-Regime. Veranstalter war das Sudetendeutsche Büro in Prag. Über den (erfolglosen) Versuch, im Vorfeld dieser Veranstaltung die Redaktion der kommunistischen Tageszeitung Haló noviny in Intrigen zu verwickeln, berichtete ein Redaktionsmitglied in der Haló noviny vom 21. Mai 2004:

Es hat in Prag nichts zu suchen

Von Jaroslav Kojzar

In den letzten Tagen bekamen wir eine Einladung zu einem Vortrag eines deutschen Professors zum Thema „Der Kampf der sudetendeutschen Antifaschisten gegen Hitler“ mit der Aufforderung, für diese Veranstaltung zu werben.

Absender dieser Einladung war das Sudetendeutsche Büro in Prag. Weil wir nicht sofort reagierten, wurden wir mehrmals gemahnt. Schließlich kam es zu einem Telefongespräch mit Frau Binarová, der Assistentin von Herrn Peter Barton, dem Leiter der Vertretung der sudetendeutschen Landsmannschaft in der ČR. Wir teilten ihr mit, dass wir zwar das Thema begrüßen, an der Veranstaltung aber nicht teilnehmen werden. Falls der deutsche Historiker Interesse daran habe und falls sein Vortrag in schriftlicher Form erhältlich sei, könne er uns diesen zur Inspiration und gegebenenfalls zur Verwendung zuschicken, aber direkt als Material eines Historikers und keinesfalls des Sudetendeutschen Büros. Die Ankündigung des Vortrags lehnten wir ab, weil wir die Einrichtung des Büros in unserer Republik nicht billigen. Fast umgehend bekamen wir ein Fax, dann einen Brief, unterzeichnet von Herrn Barton persönlich. Darin hieß es:

„... von meiner Assistentin erfuhr ich, dass Sie nicht beabsichtigen, den Vortrag über den Kampf der Sudetendeutschen gegen Hitler in Ihrer Zeitung anzukündigen. ... Positiv über den Antifaschismus von Sudetendeutschen zu schreiben, passt nicht zu Ihrer Zeitung – es stünde nicht im Einklang mit jenem Nationalismus, den die Kommunistische Partei zurzeit in ihrer Propaganda bevorzugt. Es herrscht in ihr ein kurzes Gedächtnis: Ich erinnere z.B. an die Erklärung, die Václav Kopecký (der spätere Informationsminister) am 26.3.1931 im tschechoslowakischen Parlament abgab. Ich zitiere: ‚Wir, die tschechischen Kommunisten, erklären, dass wir das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Teile des deutschen Volkes anerkennen und durchsetzen wollen – bis hin zu ihrer Lostrennung vom tschechischen Imperialismus. Wir erklären weiter, dass wir uns mit derselben Entschiedenheit für das Recht aller Teile des deutschen Volkes einsetzen werden, sich in einem Staat zu vereinen ...‘

Soweit es also den Nationalismus der Kommunisten betrifft, so ist er Ausdruck von Vaterlandsliebe, wo dies nicht der Fall ist, handelt es sich um verurteilungswürdigen bürgerlichen Nationalismus. In diesem Falle freilich richtet er sich gegen die Sudetendeutschen, und so widerspricht er keineswegs dem proletarischen Internationalismus. Mit freundlichen Grüßen ...“

Es hätte keinen Sinn gehabt, dieses Dokument zu veröffentlichen, in welchem mit Hilfe einer pseudomarxistischen Terminologie versucht wird, uns – und besonders alle Kommunisten – des Nationalismus und der bloßen Ausnutzung einer „momentanen antisudetendeutschen Welle“ zu beschuldigen, wenn nicht die Gefahr bestünde, dass auf diese Weise selbst unsere Weigerung, mit dem Büro in Kontakt zu treten, missbraucht würde. Vor allem die Rede jenes Kopecký. Sie wurde in einer anderen Zeit und einer anderen Situation gehalten, und sie enthielt die Meinung des Václav Kopecký. Noch dazu ist das Zitat aus dem Zusammenhang gerissen. In den Dokumenten der KPTsch aus der Vorkriegszeit ist nirgends zu lesen, dass diese Partei für eine Zerstückelung der Republik und für irgendwelche Angriffe gewesen wäre, die sich gegen deren territoriale Unversehrtheit gerichtet hätten. Deshalb haben auch die Kommunisten vor München so offen und aktiv die Grenzen verteidigt. Das kann von Herrn Barton gewiss nicht bestritten werden.

Es wird auch der Vorwurf erhoben, wir seien aus nationalistischen Motiven nicht bereit, die böhmendutschen Antifaschisten zu erwähnen. Das ist eine offenkundige Lüge. Unsere Leser kennen die Namen von Herta Lindner, der Familie Bojanovský, von Karel Kreibich usw., um nur diejenigen zu erwähnen, über die wir unlängst in dieser Zeitung berichtet haben. Ebenso wie über den Kampf der deutschen Antifaschisten in Mikulov, die schließlich zur Verteidigung unseres Landes auch zu den Waffen griffen. Wir berichten auch über die Deutschen, die in der Vergangenheit das Geschehen in unserem Land oder in dieser oder jener Region beeinflusst haben. Und das werden wir auch weiterhin tun.

Was das besagte Büro angeht, so haben wir keinen Anlass, unseren Standpunkt zu ändern: Es hat in Prag nichts zu suchen.